

# Kraukauer Zeitung.

Nr. 243.

Mittwoch, den 22. October

1862.

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementpreis: für Krakau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird in der ersten Einrückung 7 kr., für jede weitere Einrückung 3 1/2 Nkr.; Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Nkr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

Nr. 4969.

Die Gemeinde Sukowice (Badowicer Kreises) hat die bisher in 105 fl. 8. W. bestehende Dotation an der im Orte bestehenden Trivialschule um 84 fl. 8. W. erhöht und zur Dotierung eines Lehrgehilfen jährlich 22 fl. 8. W. zugesichert.

Zu letzterem Zwecke hat der Sukowicer Pfarrer Swoboda eine Grundentlastungsobligation über 50 fl. abgethan.

Dieses bethätigte Streben zur Hebung der Volkserziehung wird anerkennend zur allgemeinen Kenntniss gebracht.

Krakau, am 7. October 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem diepöblichen Landes-Bau-Director in Ungarn, Florian Menapace, in Anerkennung seiner langen treuen und sehr erprießlichen Dienstleistung den Orden der eisernen Krone dritter Klasse tarfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 11. October d. J. dem ersten Ober-Finanz-Rathe und demaligen Leiter der Finanz-Landes-Direction in Prag, Gottfried Höhnel, tarfrei den Titel und Charakter eines Hofrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. October d. J. dem Rathe und Ober-Staatsanwalt des böhmischen Ober-Landesgerichtes, Gustav Ludwig, in Anerkennung seiner ausgezeichneten und treuen Dienstleistung den Titel und Charakter eines Hofrathes mit Nachsicht der Taren allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung dato 21. October d. J. den fürstbischöflichen Consistorialrath, Dechant, Schultheiß und Pfarrer und Pfarr-Verwalter zu Opatowitz, Andreas Pecher, zum Ehrenbürger der Domkapitels zu Ratibach allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung dato 4. October d. J. zum Canonikus am Domkapitel zu Baranow den dortigen ersten Chorvicar und Pfarr-Cooperator, Marcin Weber, allergnädigst zu ernennen geruht.

In Folge der Allerhöchsten Patente vom 21. März 1818 und 23. December 1859 wird am 3. November d. J. um 10 Uhr Vormittags in dem für die Verlosungen bestimmten Locale im Banhofgasse in der Singerstraße die 367. und 368. Verlosung der alten Staatsschuld, dann unmittelbar hierauf die 5. Verlosung der Gewinn-Nummern der Staats-Schuldbüchereien von fünfprocentigen Lotterien vom Jahre 1860 stattfinden.

Von der k. k. Direction der Staatschuld.

## Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 22. October.

Das Rundschreiben des neuen französischen Ministers der Aeußern Drouyn de Lhuys, vom 18. October an die diplomatischen Vertreter Frankreichs, worin derselbe angeht, in welchem Geiste er die Leitung des Ministeriums übernehme, sagt nach einer heute vorliegenden ausführlicheren telegr. Depesche: Die Politik des Kaisers, welche in dessen Schreiben vom 20. Mai angedeutet war, habe sich nicht geändert, dieselbe bleibe sowie in der Vergangenheit auch ferner von den gleichen Gesinnungen für die beiden Angelegenheiten befeuert, für welche sie in gleichem Maße so reichliche Beweise der Sorgfalt geliefert hat (prodigue). Die Regierung des Kaisers werde fortfahren, dem in Italien unternommenen Werke der Verfassung alle ihre Bemühungen zu widmen, indem sie mit dem Gefühle der Schwierigkeit, sowie der Größe der Aufgabe ohne Entmutigung aber auch ohne Beunruhigung wirken werde. Enthält, meint die „Nid. Post“, das Rundschreiben keinen positiveren Gedanken als den, welcher durch das heutige Telegramm ausgedrückt wird, so ist es nicht mehr als eine bloße Formalität und beweise nur, dass die ersten Schritte des neuen Ministers durch die Umstände etwas genirt sind. Wenn wir den Brief, welchen Napoleon an Thouvenel bei seiner Verabschiedung richtete, und dessen Inhalt wir auch nur vorderhand aus einem Telegramme kennen, dem Inhalte des in Rede stehenden Rundschreibens entgegenhalten, so scheint es, dass es dem Kaiser der Franzosen wesentlich darauf ankommt, die Sachen so darzustellen, als ob seine Politik sich gar nicht geändert hätte, als ob zwischen heute und vor 6 Monaten keine Wandlung stattgefunden hätte. Die Götter können nicht fehlen; sie sind unwandelbar, und Napoleon hält darauf, als der Jupiter Ammon vor der Welt zu erscheinen; das Drama ist nur falsch verstanden worden, und der hohe Priester, der es irrig deutete, wird durch einen andern ersetzt, der es besser versteht. Das Rundschreiben des Herrn Drouyn de Lhuys ist daher gezwungen, die Situation so unverändert als nur möglich darzustellen. Das allgemeine Programm bleibt dasselbe, erst die Spezialaufträge, die

Sonder-Depeschen an die Legationen werden die konkreten Aufgaben vorschreiben. Zunächst sind die Gesandtschaften in Rom und in Turin auf die Ausführung der neuen Politik angewiesen; sie sind es, welche die Wendung zu vollziehen haben, und darum haben diese beiden Posten einen Personenwechsel erhalten. Die Herren de Latour d'Auvergne, der von Berlin nach Rom, und Cartiges, der aus dem Haag nach Turin versetzt wird, werden in Paris von ihrem neuen Chef mündliche Instruktionen erhalten. Bis diese beiden Diplomaten ihre neuen Stellungen angetreten haben, wird Alles im Dunkel und das Räthsel der Situation, so weit sie den römischen Hof und Italien betrifft, ungeklärt bleiben, trotz der Geschäftigkeit, mit welcher Zeitungen von dem Charakter der „Independance“ und der „Königlichen Zeitung“, jeden Tag mit neuen Enthüllungen die Welt bedienen.

Man spricht jetzt von einer außerordentlichen Mission, welche Bourqueney auf Verlangen des Herrn Drouyn de Lhuys in Rom ausführen soll. — Immer noch ist die Rede von Unterhandlungen, welche Abbé Lavigerie, Auditeur der Rota, mit dem Papste über die von diesem zu machenden Zugeständnisse führen soll. Die Sache verdient in so fern Beachtung, als sie beweist, dass man in den höheren Sphären sehr wohl der Schwierigkeiten und der Verantwortlichkeit der gegenwärtigen Wendung sich bewusst ist, und durch derartige Gerüchte ihren Eindruck abzuschwächen versucht. Auch in verschiedenen officiösen Blättern spukt wieder die Idee von größerer Bereitwilligkeit des Papstes, sich zu irgend einer Verständigung mit Victor Emanuel herbeizulassen.

Ueber die Ernennung des Ministers Drouyn de Lhuys, schreibt der Pariser Correspondent der „Nid. Post“: Niemand ist hier mit dem Wechsel zufrieden; man ist in Unruhe; die Italiener sind wüthend, sie spüren Verrath und drohen, sie würden Frankreich im Frühjahr eine Lektion geben. Die Freunde des Papstes hüllen sich in Schweigen. Sie sagen, diese Minister-Veränderung habe nicht soviel zu bedeuten, wie man glaube. Man müsse warten; wahrscheinlich habe der Kaiser gewisse Intentionen, die zur gegebenen Zeit herbeizuführen würden. Er sei zu mannichfach mit der Demokratie liiert, als dass er sich von ihr trennen könne, die Driftnisse Bismarck habe sein Gehirn durchlöchert und dies Uebel sei unheilbar. Vielleicht sei die Ernennung Drouyn's nur ein Wahlmanöver; jedenfalls werde man wohlthun, abzuwarten. So rathen die Papisten, die Bonapartisten sind auch unzufrieden, ausgenommen die sogenannten Mameluken, d. h. diejenigen Bonapartisten, welche alles billigen, was das Souvernement thut. „Fürchtet sich der Kaiser vor den Pfarrern?“ hört man in bonapartistischen Kreisen fragen; „Herr Drouyn ist gut römisch gesinnt und seine Ernennung ist eine bedenkliche Concession“. Selbst die Kollegen des Herrn Drouyn de Lhuys sind unruhig und sondiren das Terrain.

Es scheint in der That, dass, wie der Brüsseler Correspondent der „K. Z.“ schreibt, die clericale Partei bei dem Tausch im Ministerium des Aeußeren nicht viel gewonnen hat und der Kaiser durchaus nicht Willens ist, ins Lager der „France“ überzugehen. Es wird nun wohl in Rom noch einmal der Versuch gemacht werden, ob auf die Vernehmlichkeits-Vorschläge nicht eine andere Antwort zu erreichen ist, als das harte Non possumus. So wäre denn eigentlich Thouvenel nur abgetreten, weil der römische Hof ihn nicht leiden mag. Ob der mehr und mehr beliebte Drouyn de Lhuys mit dem Vernehmlichkeits-Programm des Kaisers in Rom mehr erreichen wird, muß man abwarten.

Die „Times“ bemerkt über den französischen Ministerwechsel: „Derfelbe zeigt, dass der Kaiser zu einem Entschlusse hinsichtlich der Frage gekommen ist, welche seit den letzten zwei Jahren sein Volk, sein Cabinet und, wenn das Gerücht die Wahrheit spricht, seine Familie gequält hat. Mit Einem Worte: Herr Thouvenel wird befeitigt, weil der Kaiser entschlossen ist, und seinen Entschlusse öffentlich kund thun will, die Occupation Roms fortzusetzen zu lassen.“

Der „Star“ ist so sanguinisch, zu schreiben: „Wir erwarten keine Aenderung im Charakter der französischen Politik gegen Italien. Die politischen Nothwendigkeiten, die eine Lösung der römischen Frage verlangen, werden zu Drouyn de Lhuys eben so laut wie zu Thouvenel sprechen, und ihre Forderungen werden zuletzt eine gebieterische Kraft erlangen, gleichviel ob dieser oder jener Minister dem auswärtigen Amte vorstehe.“

Katazzi, gesteht heute auch der Züricher Correspondent der „K. Z.“ möchte jetzt sogar der fortgeschrittenen Partei einige Concessionen machen, nur fürchte

er mit Recht, dass eine Einigung dennoch nicht gelinge. Ein Artikel der Italia, die von ihrer unbedingten Franzosen-Freundschaft heute mit einem Male geheilt erscheint, darf als ein Fächer betrachtet werden, den man zur Erprobung der Stimmung in Bezug auf jene geheimen Wünsche ausgeworfen.

Benedetti's letzte Mission, schreibt der Pariser Correspondent der Nid. Post, in Turin war Herrn Katazzi den Rücktritt Thouvenel's anzukündigen und zugleich eine Note zu überreichen, in welcher ausgesprochen wird, das Königreich Italien dürfe sich niemals auf den Besitz Roms Rechnung machen.

Die Züricher „Discussion“ cementirt in entschiedenem Tone die Gerüchte von einer Ministerkrise.

Herr v. Bismarck wird, wie die „N. D. Z.“ meldet, erst Ende dieser Woche sich nach Paris begeben, um dort sein Abberufungsschreiben zu überreichen.

Das Gerücht der bevorstehenden Abdankung der Königin Victoria wird von dem Brüsseler Correspondent der „K. Z.“ dementirt und zwar mit dem Bemerkenswerthen, dass an solchen Schritt nicht zu denken sei, dass vielmehr ein jüngst abgehaltener Familienrath den Prinzen von Wales zu jung oder zu jugendlich für die Krone befunden habe und dass die Königin bald nach ihrer Rückkehr in die Heimat eine regere Theilnahme am öffentlichen und Hofleben bezeigen werde, als dies seit dem Tode ihres vielbegrüßten Gatten geschehen ist.

Das „Dresdner Journal“ bestritt die Behauptung der „Frankfurter Postzeitung“, dass eine Wendung der sächsischen Regierung bezüglich des Handelsvertrages stattgefunden habe, indem es auf die vollständig veröffentlichten Actenstücke verweist.

Ueber die Abstimmung des deutschen Handelstages in seiner vierten Sitzung schreibt man der Wiener Stg. aus München: „Das Resultat der Abstimmung schien die Versammlung selbst in höchster Weise zu verblüffen. Man war allerdings unterrichtet davon, dass die preussische Partei bis in die letzten Stunden hinein Stimmen gewonnen und, man darf es geradezu sagen, mit allerlei Ränken und Vorpiegelungen auch gewonnen hatte, allein in der Hauptsache beruhte der Sieg nicht auf diesem Umstande, oder wenigstens nicht auf diesem Umstande allein, sondern in dem Mangel an Organisation, der bei den süddeutschen Industriellen herrschte. Während die Herren von Sybel und Behrend von erhöhtem Standpunkte herunter die Abstimmung commandirten, war Rathlosigkeit und Unentschlossenheit in den Reihen der württembergischen und bayerischen Abgeordneten. Manche stimmten mit Nein und wiederriefen hinterdrein, den eigentlichen Sinn des Beschlusses hatten sich viele nicht klar gemacht. Die heutige Abstimmung liefert den besten Beweis, dass der Handelsvertrag der Industrie im hohen Grade nachtheilig sein müsse, denn es war eine Wahrnehmung, die sich jedem Unbefangenen aufdrängen musste, dass es geradezu fast nur die Kaufleute, die eben den Interessen, die in Frage kommen, fern stehen, waren, die für den Handelsvertrag stimmten, die imposante Minorität bestand aus Industriellen. Die Berufung an einen Industrietag muß die natürliche Folge des lächerlichen Beschlusses sein. Ich nenne den Beschlusse lächerlich, ich kann auch dem Vorgange bei demselben keinen anderen Namen geben. Lächerlich zum Beispiel ist es, dass bei der Aufzählung der Motive über alle gleichzeitig abgestimmt wurde, als ob es nicht möglich wäre, dass man mit einer einzelnen Motivierung oder Erwägung nicht übereinstimmt. Wir fürchten sehr, dass der Handelstag, der so ernst begonnen, und heute mit unfreiwilliger Komik seine Theilnehmer belustigt, morgen mit sehr freiwilligem Humor auseinanderfallen wird.“

Die „Donau-Stg.“ schreibt über die Münchener Abstimmung: Wir wollen nicht verhehlen, dass wir die Abstimmungen auf dem Münchener Handelstage bedauern; denn obgleich die Minderheiten für die im österreichischen Sinne gefassten Anträge sehr respectabel ausfielen, und überdies Majoritäten, die nicht auf einem bestimmten Veritungsverhältnisse beruhen, mehr oder weniger als ein Product der Launen des Zufalles sich darstellen, so hätten wir doch gewiß liebhaft gewünscht, dass der planmäßige Widerstand, der den österreichischen Einigungsbestrebungen entgegentrat, nicht bloß gebogen, sondern gebrochen worden wäre. Der Majoritätsbeschluss selbst bezüglich des Verhältnisses zu Oesterreich ist den österreichischen Wünschen nicht abso-lut präjudiciell; aufrichtig gedacht und genommen, jedes sophistische Hinterhalts entkleidet, bricht er die Brücke, die zur Verständigung führen kann, nicht ge-

radezu ab. Worauf wir indeß ein besonderes Gewicht legen, ist, dass das der deutschen Verhältnisse weniger kundige Ausland die Bedeutung der Handelsstagergebnisse nicht über die Gebühr hoch anschlägt und namentlich die facultative, zufällige Beschaffenheit derselben berücksichtigt. Es muß übrigens constatirt werden, dass die Reaction gegen das sofortige Zustandekommen des französisch-preussischen Handelsvertrages eine so lebhaft war, dass nicht vermuthet werden kann, jene Regierungen, welche ihm ihre Zustimmung versagten, würden sich jetzt in ihren Entschlüssen beirrt fühlen; im Gegentheil ist jene Abstimmung, welche nur mit der verschwindenden Mehrheit von vier Stimmen gegen die großdeutsche Auffassung ausfiel, ganz darnach angethan, die Segner des Handelsvertrages mit Frankreich in Betreff der vollkommenen Richtigkeit ihrer Ansichten zu beruhigen. Schließlich (wir übergehen einige Stellen polemischen Inhaltes) dürfen wir ausprechen, dass, wenn der Münchener Handelstag nicht beitrug, die Ansichten über Deutschlands und Oesterreichs volkswirtschaftliche Einigung zu klären und zu einem harmonischen Ganzen zu verbinden, die Verantwortung hierfür, so wie für alle weiteren daraus entspringenden Folgen, den kleindeutschen Schultern zur Last fällt, und nicht Oesterreich, welches die Erhaltung, Befestigung und größtmögliche Erweiterung des Zollvereins aufrichtig und lebhaft wünscht, jedenfalls aber auch sein Recht des Beitritts in würdevoller Festigkeit zu wahren gesonnen ist. Eine gute und gerechte Sache braucht zuweilen längere Zeit, um sich durchzukämpfen; aber sie siegt zuverläßig, wenn man im Kampfe für sie nicht ermüdet.

Wie der „A. A. Z.“ aus Frankfurt a. M., 17. October, geschrieben wird, beträgt die Zahl der zur großdeutschen Versammlung angemeldeten Teilnehmer einschließlich der Einladenden und der Mitglieder des Comités, soweit sie nicht in Wien, München und andernorts sich angemeldet haben, im Augenblick 139. Vorbereitende Besprechungen auswärtiger Mitglieder der Versammlung und der Einladenden stehen schon am 22. d. M. bevor. Dann wird auch Graf Geykenberg aus München erwartet, und zugleich ein engerer Ausschuss niedergelegt werden. Anträge für die Versammlung sind zeitig beim Comité anzumelden. Auf Gründung eines über ganz Deutschland sich ausdehnenden großdeutschen Vereins wird Bedacht genommen. Muthmaßlich wird der betreffende Antrag vom Comité, beziehungsweise von dem bezeichneten Ausschuss, gestellt werden.

†† Krakau, 22. October.

Die am 10. Juli l. J. wegen Eintrittes der Ernte sistirten Bedeckungsarbeiten längst der Weichsel dann der Regulierungsarbeiten am Bräu-Bache wurden am 27. August l. J. wieder in Angriff genommen und seit dieser Zeit bis Ende September l. J. — wie uns mitgetheilt wird — Bedeckungsanschnitten und Erdaushebungen im Gesamt = Cubikmaß von 3813 3/4 mit dem verhältnißmäßig sehr geringen Kostenaufwande von 2629 fl. 90 kr. öst. W. bewirkt. Die Auslagen wurden aus den Sammlungsgeldern für die Ueberschwemmten bestritten.

Se. kaiserl. Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzherzog Carl Ludwig geruhte der Strypy evangelischen Gemeinde, zum Ausbau der unvollendeten Kirche daselbst, einen Beitrag von 50 fl. öst. W. allergnädigst zukommen zu lassen.

## Verhandlungen des Reichsrathes.

Die Staatsvoranschläge für den Staatrath und die Kontrolsbehörden pro 1863 bildeten am 20. d. die Gegenstände der heutigen Verhandlung des Finanz-Ausschusses. Als Berichterstatter über den ersten Voranschlag fungirte Schindler, über den zweiten Dr. Stamm. Der erste Rubrik des Staatsvoranschlags für den Staatrath: „Gehalte, Zulagen und Quersgelder“ wurde mit dem Betrage von 147,026 fl.; tiergelder“ wurde mit dem Betrage von 350 fl.; die dritte Rubrik: „Pensionen“ mit 350 fl.; die zweite Rubrik: „Kleidungsbeiträge und Emolumente der Dienerschaft“ mit 1476 fl. und für Buchbinderarbeiten mit 1000 fl.; die vierte Rubrik: „Pauschirte Amtserfordernisse“ mit 7400 fl., und die fünfte Rubrik: „Gebäudeerhaltung“ mit 20,279 fl. genehmigt. Der Antrag der Referenten, die Regierung aufzufordern, bis zur nächsten Session eine Reorganisation des Staatrathes in Vorlage zu bringen, wurde dahin erledigt, dass einem früheren Beschlusse gemäß am Schlusse der Finanzan-



träge die Aufrechterhaltung sämtlicher Wälder, die im Budget pro 1862 angeführt sind, ausgesprochen werden solle. Zur Debatte über den Staatsvoranschlag für die Kontrollbehörden übergehend, wurde die Position: „Centralleitung“ mit 100,000 fl. angenommen und weiter das Erfordernis im Gesamtbetrage von 242,553 fl. bewilligt. Ferner wurde die zweite Position für die „Direction der administrativen Statistik“ mit 48,443 fl.; die dritte Position: „Central-Staatsbuchhaltungen“ mit 1,417,046 fl.; die vierte Position: „Landes-Staatsbuchhaltungen“ mit 1,752,100 fl. und die fünfte Position: „Militär-Rechnungsdepartement“ mit 1,153,000 fl. genehmigt; weiter der Antrag, daß zwischen den Abtheilungen und Unterabtheilungen mit Ausnahme der Gehalte der in Disposition gesetzten Beamten, der Remunerationen und Ausbilden keine Uebertragungen stattfinden dürfen. Am Schlusse der Sitzung ist Herr v. Hopfen für die dem Finanzministerium zur Verichterstattung zugewiesene Regierungsvorlage in Betreff der Steuererhöhung zum Bericht erstatter gewählt worden.

Die Herrenhauscommission für Zulassungsgesellschaften hat ihren Bericht über das vom Abgeordnetenhaus mitgetheilte Gesetz zur Einführung eines Handelsgelehrten bereits erstattet. Sie stellt folgenden Antrag: „Das h. Haus wolle beschließen: Es sei dem Entwurfe des Handelsgelehrten und dem von dem Hause der Abgeordneten mitgetheilten Entwurfe des Einführungsgelehrten zu demselben die Zustimmung zu ertheilen, und hievon sowohl das Ministerium zur Erwirkung der allerhöchsten Sanction, als das Abgeordnetenhaus in Kenntniß zu setzen.“

Am 18. d. M. wurde zufolge eines Berichtes des „Botsch.“ die Direction und das Comité des Bankauschusses zu einer schon für die Mittagsstunde des nämlichen Tages veranstalteten Besprechung von „Bemerkungen“ eingeladen, welche der Generalsecretär des Instituts, Hr. v. Lucam, „über die von dem Bankauschusse des h. Abgeordnetenhauses beantragten wesentlichen Veränderungen der Regierungsvorlage“ zusammengefaßt hatte. Es handelte sich darum, zu erfahren, ob und inwiefern die Versammlung jenen Bemerkungen beitreten wolle, und nachdem dieselben gelesen waren, wurden sie von dem Comité als ungenügend erkannt. In umständlicher Ausführung erklärte Dr. v. Perger die Bestimmung, welche eine Theilung des möglichen Gewinnes über 6 pSt. dort haben will, wo der auch mögliche Verlust nicht mitgetragen wird, ein Abgang an billiger Verrechnung nicht subventionirt wird. Dr. Neumann rügt das Verkennen des Sachverhaltes und der Rechtsstellung, welches nach seiner Ansicht die bisherigen Verhandlungen des Gesetzentwurfes befehrt. Das Rechtsverhältnis aber sei so gegeben, daß nicht in imperativen Entwürfen der gesetzgebenden Gewalt, sondern nur auf dem Wege des Vertrages, für welchen die freie Zustimmung der Bank unentbehrlich, die bestehenden Verhältnisse geregelt werden können. Allseitig wurde anerkannt, daß die Verammlung nicht zukomme, dem Bankauschusse auch nur in dem Belange einer Billigung der Vorlage vorzugreifen, und daß der Glaube nicht angeregt werden dürfe, als wolle das Comité das in den „Bemerkungen“ Gesagte für betriebend ansehen, indem vielmehr mehrere sehr wichtige Ausführungen, so insbesondere jene über die unannehmbare Dauer des Privilegiums, Verzinsung des Darlehens von 80 Millionen, die Gewinntheilung ohne Garantie eines Minimalertrages, Abgang aller Sanction für die Verpflichtungen des Staates und die Rückwirkungen derselben u. dgl. genügend nicht erkannt werden. Der Antrag des Dr. Neumann: daß die Verwendung der „Bemerkungen“ ohne alle Theilnahme der Repräsentanten der Bank als eine informative Darstellung der in denselben aufgenommenen Daten dem Ermeßsen des Herrn Generalsecretärs anheimgestellt bleiben möge, wurde ohne Widerspruch zum Beschlusse erhoben.

## Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. Oct. Sr. Maj. der Kaiser ist gestern in Begleitung des Herrn Kriegsministers K. v. Graf v. Degenfeld nach St. Pölten abgereist und Abends wieder zurückgekehrt.

Es ist in diesem Augenblicke noch nicht definitiv entschieden, ob Ihre Majestät die Kaiserin für den Winter ihre Residenz in Wien nehmen, oder abermals das mildere Klima von Venedig aufsuchen wird. Der Wunsch Ihrer Majestät, in Wien zu bleiben, soll in den Ansichten der Ärzte keine Unterstützung finden.

Sr. k. Hoheit der Herr Erzherzog Wilhelm wird neben der Weißburg im Pelenenthale ein Sommerpalais erbauen.

Graf Rechberg denkt, dem Vernehmen nach, daran, einen dreiwöchentlichen Urlaub zu erbitten. Man würde daraus zu schließen berechtigt sein, daß für die nächste Zeit in der auswärtigen Politik keine namhaften Ereignisse erwartet werden.

Die Zeitungen berichten regelmäßig jeden Donnerstag, daß der französische Botschafter, Herzog von Grammont, Tags vorher auf seiner Villa in Pöbleinsdorf ein diplomatisches Diner gegeben habe. Es mag ununterbrochen bleiben, ob diese Berichte vielleicht bestimmt sind, in Paris gelesen zu werden und dort den Repräsentanten der hiesigen Botschaft in das rechte Licht zu setzen; unser Berichterstatter, schreibt die „Presse“, glaubt aber zu wissen, daß während des ganzen Sommers kein einziger Diplomat, mit Ausnahme vielleicht des belgischen Gesandten, der dem Herzog von Grammont näher steht, in Pöbleinsdorf zu Mittag gespeist hat. Vielleicht daß binnen für den nächsten Mittwoch der permanente Diner = Bericht ausfällt.

Die Militär-Befreiungstaxe für das Jahr

1863 wurde mit 1200 fl. festgesetzt. Es ist beachtenswerth, daß sich jetzt noch Niemand zum Ertrag der Taxe gemeldet hat, während in früheren Jahren die vermöglicheren Stellungspflichtigen sehr eifertig waren. Das Publicum scheint dem Frieden zu trauen.

In böhmischen Blättern wurde wiederholt darüber Klage geführt, daß Telegramme in böhmischer Sprache zur Weiterbeförderung nicht angenommen werden. Wie die „Prag. Zig.“ erfährt, hat die Regierung diese Angelegenheit, sobald die Wünsche hierüber laut wurden, in Erwägung gezogen. Dem guten Willen der Regierung haben sich aber wesentliche Hindernisse in den Weg gestellt. Der Beförderung böhmischer telegraphischer Depeschen stehen zunächst die vertragmäßig vereinbarten Bestimmungen über die Correspondenz auf den Linien des mitteleuropäischen Telegraphenvereins entgegen, denen zufolge bloß die deutsche und französische Sprache als Verkehrssprache für alle Stationen des Vereins bestimmt ist und nur noch in einigen besonders angeführten größeren Stationen auch die niederländische, englische und italienische Sprache zur Correspondenz benützt werden kann. Ferner ist nicht zu übersehen, daß der Telegraphenbeamte der Sprache, in welcher telegraphirt wird, mächtig sein muß, weil er sonst leicht in die Lage käme, Depeschen zu telegraphiren, deren Weiterbeförderung nicht zulässig ist. Es müßte also im Falle der Einführung der böhmischen Sprache bei der telegraphischen Correspondenz von den Telegraphenbeamten neben der Vertrautheit mit der deutschen, französischen, englischen, italienischen und niederländischen auch die Kenntniß der böhmischen Sprache verlangt, somit in den meisten Fällen neben den bereits angestellten noch neue dieser Sprache mächtige Beamte ernannt, und hierdurch die Auslagen für den Telegraphenbetrieb namentlich vermehrt werden. Ueberdies kommt zu erwägen, daß die Zahl der Sprachen im vielsprachigen Österreich keine geringe ist. Sollte nun jeder derselben Anspruch erheben auf Berechtigung zur Benützung im telegraphischen Verkehr, so müssen die Telegraphenbeamten zu sehr umfassenden linguistischen Studien verhalten, oder die Zahl der Beamten sehr bedeutend vermehrt werden. Dies beiläufig sind die vornehmsten Schwierigkeiten, welche der Benützung der böhmischen Sprache beim telegraphischen Verkehr im Wege stehen. Die Verhandlungen sind übrigens noch nicht abgeschlossen; die Regierung aber hat gewiß den besten Vorbehalt, den Wünschen der Nationalitäten, so weit nur immer möglich, gerecht zu werden.

Aus Venedig, 17. d., wird dem „Vaterl.“ geschrieben: Die Vermählungsfeierlichkeiten Sr. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Karl Ludwig und der Prinzessin Maria Annunciata beider Sicilien werden und dieser Tage eine große Anzahl fürstlicher Gäste bringen. Im kaiserlichen Palaste werden bereits die letzten Vorbereitungen zu deren Empfang getroffen. So viel man bis jetzt weiß, werden folgende hohe Gäste bei der Feier gegenwärtig sein: Ihre k. Hoheiten die Herren Erzherzoge Ferdinand Max, Ludwig Victor, Albrecht, Wilhelm, Ernst, Heinrich und Joseph; die Erzherzoginnen Sophie, Hildegard, Maria Anne, Maria Theresia und Charlotte; die Prinzen Karl und Johann von Toscana, der Herzog und die Herzogin von Modena, der Graf und die Gräfin von Trani und der Graf von Aquila. Ferner wird der Graf und die Gräfin von Chambord und möglicherweise auch die Herzogin von Parma bei der Feier zugegen sein. Zur Feier des frohen Ereignisses werden mehrere schon lange entbehrte öffentliche Festlichkeiten als Regatta am Canal Grande, Freischaufen und eine Tombola am Marcuseplatz stattfinden. Schon jetzt treffen viele Fremde, namentlich Engländer, ein, von denen viele schon ihre Absicht angekündigt haben, die ganze Winterreise hier zu verweilen.

Der französische Consul Hr. Cabarrus in Triest wurde zum Geschäftsträger bei den centralamerikanischen Republiken mit dem Sitze in Guatemala ernannt.

## Deutschland.

Wie schon erwähnt, hat die Bundesversammlung in ihrer letzten Sitzung mit Majorität beschlossen, eine Commission von Sachverständigen zur Ausarbeitung eines allgemeinen deutschen Gesetzes gegen den Nachdruck niederzusetzen. Ueber den Widerspruch Preußens berichtet die „St. Z.“ folgendes Nähere. Preußen hatte schon in der Sitzung vom 30. Januar d. J., als der besondere Ausschuss für den Antrag Sarras niedergelegt wurde, erklären lassen, daß es sich an den Verhandlungen in Betreff des von Sachverständigen eingebrachten Antrages wegen Herstellung eines gemeinsamen Nachdruckgesetzes nicht betheiligen werde, und daß sein Gesandter weder an der Wahl des beabsichtigten Ausschusses noch eventuell an dem Ausschusse selbst Theil zu nehmen habe. Die königliche Regierung glaubte sich nämlich von vorn herein gegen eine fernere Behandlung seiner Angelegenheit am Bunde, in Ermangelung legislativer Initiative der Bundesversammlung, erklären zu sollen, und zwar um so mehr, als sie ein Bedürfnis zur Abänderung ihrer eigenen Landesgesetzgebung über Nachdruck nicht anerkennen vermochte. Als in der Sitzung vom 24. Juli beschlossen wurde, über die obigen Ausführanträge in sechs Wochen abzusprechen, enthielt sich der königliche preussische Gesandte der Abstimmung, so wie er jetzt gegen die Anträge stimmte.

Die auf den 15. October verabredete Wiederöffnung der Hamburger Elbzoll-Conferenzen hat bis jetzt nicht geschehen können, weil der Bevollmächtigte für Sachsen noch nicht eingetroffen ist, während doch bekanntlich von der sächsischen Regierung der jetzt zur Verhandlung zu bringende neue Ausgleichungsplan ausgegangen. Die Hoffnung, daß dieser Plan die Zustimmung der hannoverschen und der mecklenburgischen Regierung finden werde, ist sehr gering, da dem Vernehmen nach diplomatische Schritte, welche die deutschen Großmächte auf Neue dieserhalb in Schwerin gethan haben, ohne Einfluß geblieben sind und das Beharren der dortigen Regierung auf dem

bisher eingenommenen bekannten Standpunkte also zu erwarten steht.

Wie aus Bremen gemeldet wird, hat die nordwestdeutsche Versammlung des Nationalvereins, 360 Mitglieder stark, einstimmig den Coburger Beschluß über die Reichsverfassung genehmigt.

## Frankreich.

Paris, 18. October. Der Kaiser hat an Hrn. Thouvenel ein sehr verbindliches Abschieds- und Dankschreiben gerichtet, welches morgen im „Moniteur“ erscheinen wird. Herr Thouvenel soll vor seiner Abreise nach Montecarlo auch Herrn v. Lagueronniere einen Besuch gemacht haben. Sein bisheriger Cabinets-Chef, Herr v. Berthemy, wird Geschäftsträger in Vening. — Der „Moniteur“ veröffentlicht heute das Gesetz, welches das Extra-Budget pro 1863 auf 121,648,615 Francs in Einnahme anschlägt und in Ausgabe an die verschiedenen Ministerien auf 121,114,500 Francs feststellt. — Das General-Commando des 2. Armeekorps (Velle) bleibt laut Moniteur, da der Herzog von Magenta das 3. Corps übernommen hat, einstweilen unbefehligt; der Generalstab wird aufgelöst und die beiden Divisions-Commandeure in Velle und Chalons haben, bis auf weitere Ordre, direct mit dem Kriegs-Minister zu verkehren. — Der „France“ zufolge werden Senat und gesetzgebender Körper bis zum 15. Januar zusammenberufen werden. — Graf Flahault, der hochbetagte und fortwährend leidend ist, hat seiner Gesundheit wegen den Kaiser dringend angegangen, ihn seines Gesandtschaftspostens in London zu entheben. — Die vielbesprochene Broschüre Proudhon's: La fédération et l'unité en Italie, ist so eben bei Dentu erschienen. Einzelne Stellen erscheinen durch die Vorsorge des Herausgebers in Puncten. Die Broschüre, eine der einschneidendsten, die der berühmte Publicist je geschrieben, zieht eben so schonungslos gegen den italienischen Unitarismus wie gegen den belgischen Liberalismus zu Felde. Sie ist eine vermehrte und verbesserte Auflage der verschiedenen Artikel, welche Herrn Proudhon schließlich veranlaßt haben, der belgischen Gesellschaft Valet zu sagen. Gleichzeitig erscheint eine Sammlung der politischen Correspondenz zwischen Garbair und Mazzini, herausgegeben von Charles de la Barrenne. — Der Herr Minister des Innern hat endlich dem „Courrier du Dimanche“ einen Hauptredacteur bewilligt. — Nachrichten aus Vera-Cruz zufolge richtet das gelbe Fieber immer noch Verheerungen unter dem französischen Expeditions-Corps und der Flottenmannschaft an. So erzählt man, daß der Commandant des Forfait gerade in dem Augenblicke von dem gelben Fieber weggerafft wurde, als er sich anschickte, General Forey von der Insel Martinique abzuholen.

Das Finanzministerium veröffentlicht eine Uebersicht der in den ersten neun Monaten dieses Jahres eingegangenen Steuern und indirecten Abgaben. Dieselben ergaben 869,753,000 Frs., während sie in derselben Periode von 1861 nur 794,456,000 und von 1860 nur 788,134,000 Frs. betrugen. Es ergibt sich daraus eine Zunahme von 75,337,000 Frs. gegen 1861 und von 81,659,000 Frs. gegen 1860. Es haben besonders die Einregistrierung u. dgl. die Einfuhr fremden Zuckers und die Fabrikation inländischen Zuckers zugenommen. Die Geträksteuer hat im Vergleich zu 1860 um 21,835,000 Fr. und zu 1861 nur um 7,311,000 Frs. zugenommen. Dasselbe Verhältniß zeigt sich in noch stärkerem Grade bei dem Tabaksverkauf, indem er sich gegen 1860 um 24,205,000 Frs. und gegen 1861 nur um 3,382,000 Frs. vermehrt hat.

„Pays“ bezieht sich, nachstehende von Herrn von Thouvenel der Redaction zugesandte Zeilen zur Kenntniß der zahlreichen Freunde desselben zu bringen: „Frau v. Thouvenel ist im Laufe dieses Sommers leidend gewesen, jetzt aber mit der Hilfe Gottes wieder gänzlich hergestellt.“

## Belgien.

Die Königin von England ist am 18. d. in Brüssel eingetroffen und in Begleitung der Prinzessinnen, ihrer Töchter und Carl Russell's in Laeken abgestiegen. Die Prinzen und das übrige sehr zahlreiche Gefolge sind im Stadtschloß logirt. Die Abreise nach England wird am 20. d. erfolgen.

## Portugal.

Aus Lissabon vom 17. October wird gemeldet: Die japanischen Gesandten sind so eben gelandet. Die Stadt war gestern Abend zur Feier des Geburtstages der Königin erleuchtet. Ein Palast zum Empfange des Prinzen Napoleon ist in Bereitschaft gesetzt. Man spricht von einem bevorstehenden Minister-Beschl.

## Großbritannien.

In London hat am 17. d. wieder ein großes Garibaldi-Meeting stattgefunden, welches diesmal von den Irländern nicht bebelligt wurde. Die Parlamentarier Wood und Taylor beantragten, die wärmsten Sympathien Englands für Garibaldi auszusprechen und die französische Occupation Roms für den europäischen Frieden gefährdend und das Princip der Nichtintervention verlegend zu erklären. Beide Anträge wurden einstimmig angenommen.

## Italien.

Der Anklage-Act der Söhne des Prinzen Karl Borbon zur Revidirung ihres väterlichen Vermögens ist den verschiedenen Mitgliedern der bourbonischen Familie, so wie dem General Lamarmora, als Vertreter der italienischen Regierung, zugeht worden. Außer Franz II., sind auch die Prinzen Luigi Borbon, wohnhaft in Paris, Prinz Francesco Paolo, wohnhaft in Rom, die Königin von Spanien und die Kaiserin von Brasilien vor das hiesige Tribunal vorgeladen worden.

Der „R. Z.“ schreibt man aus Rom, 14. Oct.: Hier ist ein in Castel Gandolfo verhaftetes Individuum eingebracht worden und in strengem Gewahrsam gehalten. Was ich über die viel entstellte Geschichte

Verlässliches höre, ist dieses. Am Samstag mußte man, der König von Neapel werde von Albano nach dem kaum eine halbe Stunde entfernten Castel Gandolfo spazieren. Ein junger statlicher Mann fragte einen Einwohner von Castel Gandolfo nicht weit vom Eingange des Dörfes, ob der König schon durch wäre, wurde aber bei dieser Nachforschung von zwei bei Seite stehenden Carabinieri in Bürgerkleidern bemerkt und fixirt. Sie traten heran und fragten, was er vom Könige wollte. „Ihm etwas übergeben“, war die Antwort. Er schien indeß verlegen; die Carabinieri durchsuchten ihn und fanden zwei geladene Revolver, einen Dolch und ein Bajonnet.

## Rußland.

Aus Warschau wird der „APZ.“ geschrieben: Die allgemeine Versammlung des Staatsrathes hat die Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Abgabe von Koscherfleisch, welche jährlich einen Ertrag von über 400,000 Rubel eintrug und zumeist die altgläubigen ärmeren Juden traf, beraten und die Aufhebung der Abgabe festgestellt, da dieselbe mit der ausgesprochenen Gleichstellung der Israeliten und Christen nicht länger vereinbar war. Die vom alten Gesetz abgewichenen Reformer wurden von dieser Abgabe nie belästigt; denn theils sind sie die Wohlhabenderen, theils ist es ihnen ziemlich gleichgültig, ob sie nach jüdischem Gesetz koscheres Fleisch essen oder nicht. Zur Deckung jenes Ausfalls von 400,000 Rubeln wird die Steuer auf die Brauntweinbrennereien entsprechend erhöht werden. Diese lieferten bisher einen jährlichen Ertrag von 800,000 Rubel Silber und darüber, trotzdem daß große Summen durch Desaubationen dem Staate entzogen wurden. Sehr wünschenswerth wäre es allerdings, wenn durch die Erhöhung der Brauntweinbrennereisteuer der Zweck derselben: die Beförderung, Mäßigkeit, erreicht würde; allein wir bezweifeln dies im Allgemeinen. Diese äußeren Mittel sind zwar als Finanzmaßregel nicht zu verwerfen; aber zur wirklichen Förderung der „Moral“ (wie sich das Gesetz ausdrückt) dienen sie selten, weil sie um so mehr zu Desaubationen Veranlassung geben, je höher die Steuer steigt. Immerhin bleibt der gute Wille der Regierung, die schmachvolle Brunkucht des Volkes zu beschränken, sehr dankenswerth.

## Indien.

Aus Ostindien ist die Nachricht eingetroffen, daß Rao Saib, Neffe des durch seine Mordlust und Grausamkeit im Insurrectionskriege berühmten Rana Saib, erwischt und gehängt worden ist. Nach der Zerstreuung der rebellischen Banden trieb er sich verkleidet in Indien umher, bis er endlich vorvoriges Jahr sich zu Chinane, einem kleinen District von Jummo zwischen der Nordgrenze des Punjab und den wilden Bergen von Cashmere niederließ. Hier blieb er zwölf Monate unbeachtet und unerkannt, bis ihn eines Tages ein Hindu-Pilger, mit welchem er einmal einen Streit gehabt hatte, erkannte und sofort dem Regierungskommissar Macnabb denuncirte, welcher eiligst Maßregeln zu seiner Verhaftung traf. Mit einem Schreiben des st. Oberretenden Gouverneurs an den Maharadscha von Jummo versehen, versicherte er sich seines Bestandes, welchen er um so nöthiger brauchte, als Rao Saib, von seinen Dienern und Begleitern bewacht, Tag und Nacht auf der Hut war und auf jeden Fall sofort von der Ankunft eines britischen Beamten unterrichtet wurde. Demnach mußte Macnabb sich nicht allein in Person, sondern mit einer hinlänglich starken Escorte nach Chinane begeben, und zwar auf einem 45 englische Meilen langen, durch Pässe und über Abhänge führenden Wege. Wie war das ohne Aufsehen zu bewerkstelligen? Nach kurzer Berathung einigte man sich über folgenden Plan: Ein Teufel oder Steueragent des Maharadscha jenseits Chinane besand sich mit seinen Rechnungen im Rückstand, und der Maharadscha hatte deshalb einen zuverlässigen Secretär hin zu schicken, um ihn zu ersehen. Natürlich mußte dieser etwa 50 Soldaten zur Begleitung haben. Da der neue Agent höchst wahrscheinlich seine Frau mit sich zu nehmen wünschte, wurde auch für eine Sänfte gesorgt, und in dieser befand sich Macnabb selbst. Als dies in Ordnung gebracht war, brach die Partie auf, der Secretär an der Spitze der Soldaten und der britische Beamte in der verschlossenen Sänfte als des Secretärs Frau. So ging es über raube Berge und durch Einöden, bis man endlich nach 90 ermüdenden Stunden bei Chinane ankam, worauf der ursprüngliche Angeber mit einem zuverlässigen Boten abgeschickt wurde, um nachzusehen, ob das Opfer noch an Ort und Stelle war. Der Bote kehrte sofort mit der Nachricht zurück, daß der Angeber Rao Saib aufgefunden und sich neben diesen niedergelegt habe. Die Soldaten marschirten demnach vorwärts, und die Verhaftung ging zum Erlausen der Dorfbewohner und der Soldaten, welche von dem eigentlichen Zwecke ihrer Expedition nichts wußten, so rasch von statten, daß Rao Saib keinen Widerstand zu leisten vermochte. Er gestand sofort, ergab sich noch im Besitz von sehr werthvollen Juwelen der Uebermacht, wurde gerichtet und am 21. August auf dem Schauplatze seiner Verbrechen und Gräueltthaten gehängt. Wo sich sein Dökel Rana Saib, falls er noch am Leben ist, aufhält, ist völlig unbekannt. Man glaubt, daß er sich entweder nach Nepal oder jenseits der Himalaya geflüchtet hat.

Die Behörden des indischen Amtes haben, dem Vernehmen nach, sich entschlossen, die Land-Telegraphenlinie, die bis jetzt bis Bagdad geht, unverzüglich bis zum persischen Golf weiter zu führen und ein unterseisches Kabel von dort bis an die Küste von Arabien zu legen, von welchem Punkte eine Landlinie gebaut wird, die sich dem indischen Telegraphenstamm in Kuradschi anschließt.

## Amerika.

Der Staatssecretär des Washingtoner Cabinets Hr. Seward, hat folgendes Rundschreiben an sämtliche







